

EINE NACHT, DIE VIELES IN DER STADT VERÄNDERT HAT



VOR 20 JAHREN STARB AMADEU ANTONIO

Kann man nach 20 Jahren dieses Ereignis, damals in einer Nacht im November, nicht einfach auf sich beruhen lassen? Kann man nicht irgendwann aufhören, diese »alte Geschichte« immer wieder zu erzählen? Die Antwort mag nicht jedem gefallen: Nein, man kann es nicht. Als rechte Jugendliche den Angolaner Amadeu Antonio Kiowa zu Tode prügelten, beendeten sie nicht nur sein Leben. Auch das Leben seiner Freunde, seiner Familie, seines zu diesem Zeitpunkt ungeborenen Sohnes wurde durch den Tod Amadeu Antonios gezeichnet. Zugleich zerstörten sie mit ihrer Tat die Hoffnung vieler Nichtdeutscher hier in Eberswalde, ein Leben frei von Angst und Rassismus führen zu können.

Kaum ein anderes Ereignis hat Eberswalde in den letzten Jahrzehnten so geprägt. In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 wurde Amadeu Antonio von rechten Skinheads zu Tode geprügelt. In der damals erst wenige Wochen wiedervereinigten Bundesrepublik war Amadeu Antonio damit das erste Todesopfer rechter Gewalt, über das öffentlich gesprochen wurde.

Die Hoffnung auf ein besseres Leben

Geboren wurde Amadeu Antonio am 12. August 1962 in Quimbele, in der nordöstlich der angolischen Hauptstadt Luanda gelegenen Provinz Uige. Als ältester Sohn von insgesamt zwölf Kindern absolvierte er seine Ausbildung in Brasilien, Portugal und der Sowjetunion. 1987 kam Antonio für einen vierjährigen Vertragsaufenthalt in die damalige DDR, in der Hoffnung, hier Flugzeugtechnik studieren zu können.

Stattdessen wurde er jedoch zum Fleischer ausgebildet und arbeitete im Britzer Schlacht- und Verarbeitungskombinat. Zusammen mit ihm kamen zu

dieser Zeit 105 weitere Angolaner zur Vertragsarbeit nach Eberswalde. Stand in den Anfangsjahren der Regierungsabkommen zur Vertragsarbeit in der DDR die Berufsausbildung im Mittelpunkt, ging es insbesondere in den 1980er Jahren darum, den Arbeitskräftemangel zu mildern. So auch in der damals stark industriell geprägten Region Eberswalde.

Nach der Wende verloren die meisten Vertragsarbeiter ihren Arbeitsplatz und damit in vielen Fällen ihre Aufenthaltsgenehmigung. Von den ehemaligen angolischen Arbeitern blieben nur 20 in der Stadt. Einer von ihnen war Amadeu Antonio: Seine deutsche Freundin erwartete ein Kind von ihm. Erst im Jahr 1997 bekamen die Vertragsarbeiter von damals ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland.

Auf der Suche nach potenziellen Opfern

Den Abend des 24. Novembers 1990 verbrachte Antonio Amadeu mit Freunden aus Angola und Mosambik im »Hüttengasthof« – zu dieser Zeit die einzige Gaststätte am Ort, in der Nichtdeutsche noch willkommene Gäste waren. Als sie das Lokal verließen, trafen sie auf eine Gruppe von 50 Rechten, bewaffnet mit Baseballschlägern und Zaunlaten. Die Gruppe war bereits längere Zeit durch die Stadt gezogen, hatte einen türkischen Imbisswagen aufgebrochen und war nun auf der Suche nach weiteren potenziellen Opfern.

Im späteren Gerichtsverfahren gaben sie zu Protokoll, ihr Ziel sei es gewesen, »Neger aufzuklatschen«. Als sie die Afrikaner sahen, schlugen sie sofort zu. Die Gruppe der drei Freunde konnte, zum Teil schwer verletzt, fliehen – bis auf Amadeu Antonio. Er wurde von rund zehn Leuten verfolgt und brutal zusammengeschlagen. Der Baseballschläger

wurde herungereicht, als Amadeu Antonio am Boden lag, sprang ihm einer der Angreifer mit beiden Beinen auf den Kopf.

Drei Zivilfahnder beobachteten das Geschehen aus einiger Entfernung, trauten sich nach eigenen Angaben jedoch nicht, einzugreifen. Sie forderten Verstärkung an. 20 weitere, vollausgerüstete Polizisten befanden sich ebenfalls in der Nähe des Überfalls, schritten jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt ein.

Der 28-jährige Amadeu Antonio erlitt schwerste Kopfverletzungen. Er erlangte nicht wieder das Bewusstsein. Am 6. Dezember starb Amadeu Antonio Kiowa an den Folgen des Angriffs.

Am 9. Januar 1991 wurde sein Leichnam nach Angola überführt – zwei Stunden nach der Geburt seines Sohnes. Dem Magazin Panaroma gegenüber sagte die Mutter Antonios, Helena Alfonso, zehn Jahre nach dem Tod ihres Sohnes: »Aus Deutschland habe ich nichts gehört, keine Information. Das tut weh.« Und sein Bruder, Manuel Antonio, berichtete: »Damals kam einfach der Sarg mit der Leiche meines Bruders. Kein Beileidsschreiben war dabei, nur eine Plastiktüte mit diesen Dokumenten hier auf dem Tisch. Da standen wir nun, mittellos, und mussten irgendwie die Leiche begraben. Aus Deutschland hat sich niemand bei uns gemeldet, kein Wort der Trauer, kein Wort des Mitgeföhls.« Beide leben zusammen mit weiteren Geschwistern von Amadeu in einem Armenviertel von Luanda. Dort, auf einem Friedhof am Stadtrand, liegt Amadeu Antonio begraben. Ein Grab aus Sand, Erde und ein paar aufgeschichteten Steinen. Für ein richtiges Grab reichte das Geld der Familie nicht.

In Eberswalde markiert heute eine schlichte Gedenktafel den Ort, an dem Amadeu Antonio vor 20 Jahren zu Tode geprügelt wurde.

ZU DIESER BEILAGE

Am 6. Dezember 2010 jährt sich zum **zwanzigsten Mal** der Todestag von Amadeu Antonio Kiowa. In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 wurde der Angolaner von rechten Jugendlichen, die »Neger aufklatschen« wollten, zu Tode geprügelt. Der 28-Jährige starb zwölf Tage später an den Folgen des Angriffs. Amadeu Antonio wurde Opfer eines menschenverachtenden Verbrechens.

VERTRAGSARBEIT IN EBERSWALDE

Wie viele andere kam auch Amadeu Antonio als Vertragsarbeiter nach Eberswalde. Seit Mitte der 1960er Jahre zogen auf der Grundlage von zwischenstaatlichen Abkommen Arbeitnehmer und Auszubildende in die damalige DDR. Die ersten dieser Vertragsarbeiter kamen 1968 aus Ungarn nach Eberswalde. Ab 1974 folgten Arbeitnehmer aus Algerien, Kuba, Vietnam, Mosambik und Angola – insgesamt über 600 Menschen. Viele hofften hier auf ein Studium oder eine Ausbildung. Beschäftigt waren sie jedoch hauptsächlich im VEB Kranbau, VEB Walzwerk, RAW Reichsbahnausbesserungswerk und im Schlacht- und Verarbeitungskombinat (SVKE). Der Großteil der Vertragsarbeiter lebte getrennt von der Eberswalder Bevölkerung in Wohnheimen. Besuche wurden stark reglementiert und waren meist nicht ohne Weiteres möglich. Neben dem abgetrennten Leben in den Wohnheimen waren auch mangelnde Sprachkenntnisse eine Hürde im Zusammenleben. Wegen solcher Sprachschwierigkeiten konnten viele Auszubildende keine oder nur Teilabschlüsse erlangen. Mit dem Ende der DDR wurden auch die Regierungsabkommen annulliert. Kündigungen in den Betrieben waren die Folge. Die meisten Vertragsarbeiter verließen in den Jahren nach der Wende Deutschland. Die wenigen, die hier blieben, waren mit einer unsicheren Aufenthaltssituation konfrontiert. Erst im Jahr 1997 wurde ein dauerhaftes Bleiberecht beschlossen und die Vertragsarbeiter rechtlich den Gastarbeitern der alten Bundesrepublik gleich gestellt. Heute leben weniger als 20 ehemalige Vertragsarbeiter in Eberswalde.

INHALT

Seite 1:
EINE NACHT, DIE VIELES IN DER STADT VERÄNDERT HAT
Vor 20 Jahren starb Amadeu Antonio

VERTRAGSARBEIT IN EBERSWALDE

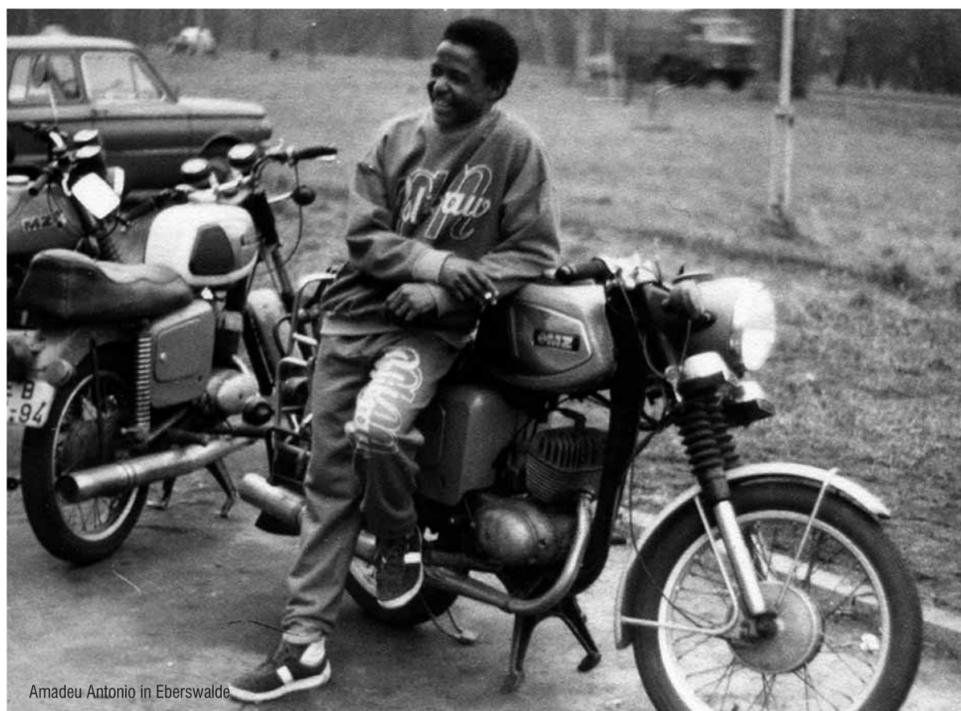
Seite 2:
WER MEINT, WIR SIND ÜBER DEN BERG, DER IRRT SICH
Eberswalde 20 Jahre nach dem Mord an Amadeu Antonio. Ein Gespräch

DAS BIER, DIE DISKOTHEK, DER MOB
Niedrige Strafen für die Täter

Seite 3:
DER SOUNDTRACK DER NEONAZIS
Rechte Strukturen und Aktivitäten in der Region Barnim
NICHT BLOB EINE RANGELEI UNTER JUGENDLICHEN
Vor zehn Jahren wurde Falko Lütke das zweite Todesopfer rechter Gewalt in Eberswalde

Seite 4:
EINE FORM FINDEN, DIE DEM OPFER GERECHT WIRD
Wie kann man an Opfer rechter Gewalt erinnern
Ein Gespräch mit David Begrich

VERANSTALTUNGEN ZUM GEDENKEN AN AMADEU ANTONIO
AKTIV IN EBERSWALDE



Amadeu Antonio in Eberswalde



Demonstration in Eberswalde 1992: Über Rassismus wollte man am Anfang nicht sprechen

Herr Munjunga, Sie waren ein Freund von Amadeu Antonio und haben 1994 den Verein Palanca mitgegründet. Was hat sich Ihrer Ansicht nach in den letzten 20 Jahren in Eberswalde verändert?

Jone Munjunga: Nach der Wende und in den 1990er Jahren waren wir massiv mit Rassismus konfrontiert. Der äußerte sich nicht nur darin, dass man auf der Straße angemacht, verprügelt und im Extremfall umgebracht wurde. Ausgrenzung und Vorbehalte gab es sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik. Das änderte sich erst Ende der 1990er Jahre, als man in Deutschland ernsthaft über die Themen Integration und Rassismus sowie die Rechtsradikalen zu sprechen begann. Das spürte man auch in Eberswalde. Heute sind wir mit unserem Verein in der Gesellschaft anerkannt. Vor allem mit den Jüngeren gibt es kaum Probleme. Schon seit Jahren kommen sie zu unseren Veranstaltungen, um ihre Toleranz zu zeigen, aber auch um Probleme loszuwerden. Leider ist eine solche Haltung bei Älteren noch nicht vorherrschend.

Frau Böttger, als Beauftragte für Migration und Integration des Landkreises Barnim seit 1991 und engagierte Eberswalderin, wie sehen Sie die Entwicklung?

Marietta Böttger: In den vergangenen Jahren gab es viele Entwicklungen hin zum Positiven. Was ich aber immer noch erlebe: Ausländerfeindliche Sprüche werden offen und deutlich geäußert. Neulich hörte ich zwei ältere Damen im Bus miteinander sprechen und die eine erzählte, dass sie ihren Garten abgeben will, auch weil in der Nachbarschaft nur noch »Russen« seien. Ein weiteres Beispiel: Mir wurde mitgeteilt dass im Bernauer Tafelladen ein Schild »Klauen verboten« hängen soll, allerdings nicht auf Deutsch, sondern nur auf Russisch. Ich stoße ständig auf solche alltäglichen Formen von Ausgrenzung und Rassismus. Alle aktuellen Studien bestätigen dieses Phänomen. Wer also meint, wir sind über den Berg, der irrt sich.

Herr Reinfrank, Sie sind Geschäftsführer der in Berlin ansässigen Amadeu Antonio Stiftung. Mit Ihrem Blick von außen auf die Situation in Eberswalde, teilen Sie diese Einschätzungen?

Timo Reinfrank: Sicherlich ist der Alltagsrassismus nach wie vor ein Riesensproblem – trotz der vielen Projekte in Eberswalde, die sich für ein einträgliches Miteinander zwischen den Bürgern der Stadt eingesetzt haben. Ich glaube, das hat auch damit zu tun, dass viele Demokratie noch immer nicht als Lebensform begreifen. Sie verstehen darunter lediglich, zur Wahl zu gehen und Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. Dass Demokratie auch damit zu tun hat, Widerstände und Kritik auszuhalten sowie Alternativen auszuprobieren ist vielen noch nicht bewusst. Dabei ist das für eine Gesellschaft eine große Bereicherung. Zumal Demokratie eben auch bedeutet, für schwache Gruppen einzutreten.

Welche Rolle spielt der Mord von Amadeu Antonio für die Stadt Eberswalde und die Eberswalder, Herr Munjunga?

Jone Munjunga: Man hat am Anfang nicht akzeptiert, dass der Mord von Amadeu Antonio Ausdruck von Rassismus war. Stadt und Bevölkerung haben damals den Tätern viel Verständnis entgegengebracht nach dem Motto: Das waren doch betrunkene Jugendliche. Später hat man angefangen, über Rassismus und Rechtsradikale zu reden und sich dem Problem gestellt. Dadurch hat sich die Atmosphäre in Eberswalde geändert. Wenn man durch die Straßen läuft, fühlt man sich heute nicht mehr so bedroht. Aber man kann auch nicht sagen, in Eberswalde ist alles okay. Es gibt immer noch Menschen, die keine Ausländer wollen. Als unser Vereinslokal vor ein paar Jahren abbrannte, war auch wieder schnell davon die Rede, dass es doch nur Jugendliche gewesen seien, die auf der Suche nach Bier waren und dann das Lokal angezündet haben.

Bekki, wie schätzt Ihr als Linke Aktionsgruppe Eberswalde die rechte Szene in Eberswalde ein?

Bekki: Im Spätsommer hat sich die »Kameradschaft Märkisch Oder Barnim« (KMOB) zwar offiziell aufgelöst, aber ihre Mitglieder sind noch aktiv. Erst am 23. Oktober nahmen sie bei einer NPD-Demo in Joachimsthal teil. Außerdem gibt es immer wieder rechte Schmierereien, Aufkleber und Pöbeleien in Eberswalde und Umgebung. Die rechte Szene ist etwas geschwächt. Mit der Auflösung der KMOB fehlt ihr eine feste öffentliche Organisation. Aber sie arbeiten dennoch weiter und sind gut vernetzt. Das zeigte z. B. das Konzert in Schönow bei Bernau Anfang Oktober. Ort und Termin wurden nur sehr kurzfristig bekannt gegeben, aber es war trotzdem gut besucht.

Jone Munjunga: Im Gegensatz zu früher habe ich den Eindruck, dass es nicht mehr so viele Neonazis gibt. Aber ich denke auch immer, vielleicht ist es nur Zufall, dass mir keiner von ihnen über den Weg läuft. So etwas hat man als Ausländer immer im Kopf.

Bekki: Neonazis und Rechte werden nicht mehr so deutlich wahrgenommen. Aber das heißt nicht, dass es sie nicht gibt. Es ist ja gerade ihre Strategie, in der Öffentlichkeit nicht mehr als Schlägertrupps aufzutreten. Aktuelle Beispiele zeigen, dass man die Gewalttätigkeit der Rechten nicht unterschätzen darf: Ende Oktober der Mord in Leipzig an Kamal K., diverse Brandanschläge auf Hausprojekte in Dresden oder etwa der Fund von 337 Waffen bei KMOB-Mitgliedern im Spätsommer dieses Jahres. Der Übergriff in Milnersdorf (Uckermark) auf einen Zirkus, bei dem Kinder der Artistenfamilie mit Steinen beworfen wurden, verdeutlicht vor allem, wie stark sich rechtes Gedankengut in der Gesellschaft breitmacht und akzeptiert wird. Dazu tragen auch gesetzliche Bestimmungen bei, wie die erst kürzlich in Brandenburg entschärfte Residenzpflicht. Davor durften

Asylbewerber den ihnen zugewiesenen Landkreis nur mit einer Genehmigung verlassen. Wenn Menschen derart stigmatisiert werden, ist das Rassismus.

Marietta Böttger: Bekki hat vollkommen Recht: Wenn die Polizei sich zur Kontrolle Leute rauspickt, die dunkelhäutig sind und schon durch ihr Äußeres als Nicht-Deutsche auffallen oder als solche eingestuft werden, hat das Signalwirkung. Wenn Asylbewerber in der Regel kein Bargeld, sondern nur Gutscheine bekommen, ist das genauso. Solche ausländerrechtlichen Regelungen grenzen aus. Zwar thematisieren wir gebetsmühlenartig die Folgen dieser Ausgrenzung, aber die Verhältnisse sind teilweise immer noch wie vor 15 oder 20 Jahren. Nicht zuletzt die Diskussion über arabische und türkische Migranten, die Herr Sarrazin angestoßen hat, zeigt, wie oft Ursache und Wirkung verwechselt werden. An solchen Punkten merke ich, wie man mit seinem Engagement an Grenzen stößt.

Timo Reinfrank: Gleichwohl hat die Zivilgesellschaft in Eberswalde viel bewegt. Ich möchte nur an das Modellprojekt »Demokratie leben und lernen im Kindergarten« erinnern. Dabei ging es darum, Demokratiekompetenz im Kindergarten auszubilden und vorurteilsbewusstes Lernen auszuprägen. In Eberswalde hat sich auch eine Bürgerstiftung gegründet, die mit dem Demokratiepreis Demokratie zu ihrer Querschnittsaufgabe gemacht hat. Was hier an Zivilgesellschaft mobilisiert worden ist, auch mit dem Lokalen Aktionsplan gegen Rechts, sucht in Brandenburg sein Beispiel. Und was mir immer auffällt: Wann immer es in Eberswalde darum geht, sich mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinanderzusetzen, dann sucht man die Zusammenarbeit mit migrantischen Partnern. Das hat dazu geführt, dass Migranten hier stärker unterstützt werden und sichtbarer sind als in anderen Landkreisen Brandenburgs.

Vielen Dank für das Gespräch.



Parallel zum Prozess gegen die Täter demonstrierten am 19. August 1992 Hunderte zum Gedenken an Amadeu Antonio in Eberswalde

DAS BIER, DIE DISKOTHEK, DER MOB

Niedrige Strafen für die Täter

An diesem Abend im November trafen sie sich in der Wohnung eines stadtbekanntes Neonazis. Gemeinsam ging es zunächst in die Diskothek »Rockbahnhof«, um dort das ein oder andere Bier zu trinken. Doch das genügte der Gruppe junger Männer und Frauen nicht: Man wollte »Linke klatschen« oder – wenn man keine findet – »irgendwelche Ausländer«. Auf der Suche nach potenziellen Opfern geht es weiter zum »Las Vegas«. Hier sind die Türen geschlossen, die Gruppe schwenkt daher um in Richtung »Hüttengasthof«. Mittlerweile sind es etwa 50 Personen. Nur sechs von ihnen mussten sich später vor Gericht verantworten. Gegen 20 weitere Personen wurde zwar ermittelt, Anklagen erfolgten jedoch in keinem der Fälle.

**Kein Mord, kein Totschlag
– nur eine »jugendtypische Verfehlung«**

Nach dieser Nacht, in deren Folge Amadeu Antonio starb, dauerte es eineinhalb Jahre, bis die Staatsanwaltschaft die Untersuchungen abgeschlossen hatte. Vor dem Landgericht Frankfurt (Oder) mussten sich zunächst fünf Angeklagte verantworten: Sven B., Marek J., Ronny J., Steffen H. und Gordon K. Kai-Nando B., neben seinem Bruder Sven der zweite Hauptverdächtige, blieb zunächst flüchtig. Die beiden Brüder waren zu dieser Zeit im Umfeld der neonazistischen »Nationalistischen Front« aktiv. Der Prozess dauerte zwei Monate. Die entscheidende Wende kam erst am letzten Verhandlungstag. Kai-Nando B. war in Stuttgart verhaftet worden, sagte vor Gericht aus und belastete

drei der Angeklagten schwer.

Der Frankfurter Richter wertete den tödlichen Überfall als »jugendtypische Verfehlung«. Für ihn handelte es sich um ein »Ritual mit Gruppendynamik«. Entsprechend niedrig fielen die Strafen aus. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Marek J., Steffen H. und Gordon K. an den tödlichen Schlägen und Tritten beteiligt waren, und verurteilte sie wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu jeweils vier Jahren Jugendstrafe. Ronny J. gab zu, Amadeu Antonio geschlagen zu haben, er habe sich dann jedoch von dem Opfer abgewandt. Das Gericht glaubte seinen Ausführungen und verurteilte ihn zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe wegen Körperverletzung. Der eigentliche Hauptverdächtige, Sven B., konnte dem Richter glaubhaft machen, nicht an der Ermordung beteiligt gewesen zu sein. Er gab jedoch zu, einen der anderen Tatopfer schwer verletzt zu haben. Dafür erhielt er eine dreieinhalbjährige Jugendstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung sowie Beleidigung und Nötigung. Das Verfahren gegen Kai-Nando B. wurde von diesem Prozess abgetrennt. Er wurde im Mai 1993 zu einer Jugendstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Auch gegen die drei Zivilpolizisten, die Tatzeugen waren und nicht eingegriffen hatten, wurde zunächst ermittelt. 1994 entschied das Oberlandesgericht Brandenburg/Havel jedoch, dass die Zivilfahnder sich nicht vor Gericht verantworten müssen. Die Beamten hätten die Tat zwar beobachtet, sich jedoch nicht in unmittelbarer Nähe des Tatorts befunden.

Rechte Strukturen und Aktivitäten in der Region Barnim

Vor 20 Jahren starb Amadeu Antonio, vor zehn Jahren starb Falko Lüttke. Beide wurden Opfer rechter Gewalt, die Täter kamen in beiden Fällen aus Eberswalde und Umgebung. So wichtig es ist, die Erinnerung an die Opfer wach zu halten, sollten wir dennoch nicht die Augen vor aktuellen Entwicklungen verschließen. Rechte Strukturen, Neonazis, rassistische und antisemitische Bestrebungen, das alles gibt es nach wie vor – auch hier in Eberswalde und im Barnim.

Vielen fällt er beim ersten Blick vermutlich gar nicht weiter auf. Und doch befindet sich mit dem »Army Shop« seit mittlerweile über fünf Jahren kein gewöhnliches Ladengeschäft am östlichen Ortsausgang von Eberswalde. Zwischen unverfänglichem Outdoorzubehör stehen hier auch Kleidungsstücke der Marke Thor Steinar zum Verkauf – einer unter Neonazis sehr beliebten Bekleidungs-Marke. Draußen am Laden: Werbung für den NMV Versand. Die Abkürzung steht für »Nationaler Medienvertrieb«.

Mag das Sortiment des Ladengeschäfts unter Umständen weniger offensichtlich sein, bleibt beim Blick auf das Angebot des NMV Versandes kein Zweifel mehr: Hier wird für das »nationale Kampagnenthema Antikapitalismus« geworben, es gibt T-Shirts mit Aufschriften wie »Nationaler Sozialist«, »Nationaler Widerstand« oder auch »Support 28« – der Zahlencode des verbotenen neonazistischen Netzwerks »Blood & Honour«. Betreiber von Laden und Versand ist Gordon Reinholz. Durchaus kein unbeschriebenes Blatt.

Bereits Ende der 1990er Jahre war Reinholz Mit-

glied der NPD, Bundesvorstand der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) und daneben aktiv in Organisationen wie dem »Kameradschaftsbund Barnim« oder dem »Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland«. Bekannteste regionale Organisation dürfte jedoch der im Jahr 2001 von Reinholz mitbegründete »Märkische Heimatschutz« (MHS) gewesen sein. Der MHS versuchte, sich vom Schmutzel- und Schlägerimage rechter Skinheads zu lösen und sich als seriöse Organisation zu präsentieren – dies jedoch mit nicht minder extrem rechten Inhalten und Positionen. Anführer Reinholz löste den MHS allerdings im Jahr 2006 wieder auf, um einem Verbot zuvorzukommen.

Zwischen Bratwurst und Rechtsrock: der Preußentag der NPD

Heute hat der 31-Jährige seine Aktivitäten auf den Vertrieb rechter Bekleidung und Musik verlagert. Sein Versand war unlängst bei einer Veranstaltung der NPD mit einem eigenen Stand zugegen: Am 2. Oktober dieses Jahres fand auf dem Grundstück des langjährigen DVU-Aktivisten Klaus Mann in Schorfheide (Finowfurt) der sogenannte Preußentag statt. Mit ihm wollte sich die NPD bewusst vom 3. Oktober abgrenzen und forderte eine »echte Wiedervereinigung« – die die »verlorenen Gebiete« in Osteuropa mit einschließen müsse. Neben Reden von führenden Neonazis wie Ralf Tegethoff oder dem Landeschef der NPD, Klaus Beier, traten hier verschiedene Rechtsrockbands auf. Mit dabei auch

die Barnimer Band »Preußenfront« um den Bernauer Neonaziaktivisten Kai Hasselmann.

Rechte Musik und rechter Lifestyle scheinen im Barnim weit größere Erfolgchancen zu haben als die manchmal etwas biedere Parteipolitik à la NPD und DVU. Zwar bieten beide Parteien immer wieder wichtige Infrastruktur, ermöglichen Konzerte und andere Veranstaltungen. Doch zumindest momentan findet das Bemühen der Partei in den Wahlergebnissen keine Entsprechung. Bei der Landtagswahl 2009 kamen DVU und NPD zusammen auf 3,7 Prozent, bei der Bundestagswahl erzielten beide zusammen in Brandenburg 3,5 Prozent. Durch den wohl kaum noch aufzuhaltenden Niedergang der DVU wird sich dieser Trend in absehbarer Zeit sicherlich nicht ändern.

Trotz Mitgliederschwund und Selbstauflösung: Rechte Einstellungen bleiben

Auch laufen den Parteien die Aktivisten davon: Seit der NPD-Kader Mike Sandow der Partei den Rücken gekehrt hat, ist es auf dem von ihm unterhaltenen Grundstück in Biesenthal ruhig geworden. In der Vergangenheit hatten hier regelmäßig Rechtsrockkonzerte stattgefunden.

Die Tendenz weg von der Parteipolitik hin zu einer Orientierung am rechten Lifestyle hatte bis vor Kurzem auch die »Kameradschaft Märkisch Oder Barnim« (KMOB) mit ihrer deutlich stärker auf Aktionen ausgelegten Politik mitgetragen. Doch ihre »Märkischen Aktionswochen«, eine Art Auf-

marschmarathon, den sie in diesem Sommer in verschiedenen Städten der Region durchführen wollte, trafen auf den breiten Widerstand der Bevölkerung. In fast allen Städten konnte das Bündnis »Brandenburg Nazifrei« die Demonstrationen der Neonazis blockieren oder sogar ganz verhindern. In Bernau konnten am 29. Mai die 90 versammelten Neonazis angesichts einer 500 Menschen starken Blockade keinen einzigen Meter laufen. In Eberswalde wollte die KMOB am 5. Juni, nur wenige Tage nach dem zehnten Todestag von Falko Lüttke, marschieren. Auch hier wurde zu Gegenaktionen aufgerufen – mit Erfolg: Die KMOB sagte den Aufmarsch wegen des zu erwartenden Widerstands ab. Nicht zuletzt die verpatzten Aktionswochen brachen der KMOB letztendlich das Genick. Kurz vor dem letzten angekündigten Aufmarsch am 10. Juli in Manschnow, und um einen Verbot durch das Innenministerium zuvor zu kommen, gab sie ihre Selbstauflösung bekannt.

Obwohl wenn es mit dem organisierten Neonazismus glücklicherweise nicht zum Besten steht, bedeutet das nicht, dass rechte Einstellungen in der Region nicht verbreitet wären. Im Gegenteil: Gerade mit rechter Musik und Konzerten werden Jugendliche an die extrem rechte Ideenwelt, an »Nationalen Sozialismus«, an Rassismus und Antisemitismus herangeführt. Dass auch der organisierte Neonazismus die Zeichen der Zeit erkannt hat, zeigen immer wieder Aktionen wie das Verteilen der sogenannten Schulhof-CD der NPD. Solche menschenverachtenden Produkte gehören jedoch nur an einen Ort: den Müllimer.



Neonazis aus der Region bei einer NPD-Demonstration am 23. Oktober 2010 in Joachimsthal

NICHT BLOß EINE RANGELEI UNTER JUGENDLICHEN

Vor zehn Jahren wurde Falko Lüttke das zweite Todesopfer rechter Gewalt in Eberswalde

Zehn Jahre nach dem Tod von Amadeu Antonio kam es in Eberswalde zu einem weiteren Opfer rechter Gewalt. Im Gedächtnis der Stadt allerdings spielt Falko Lüttke offenbar keine besondere Rolle. Keine Gedenktafel, keine Stiftung, keine Initiative erinnert an ihn. Das mag daran liegen, dass Falko Lüttke ein Punk war, ein Linker mit Rastalocken, der sich offensiv mit dem Thema Neonazis auseinandergesetzt hat. Vielleicht aber sehnten sich nach dem Medienrummel um den Tod von Amadeu Antonio viele auch einfach nach Ruhe und Normalität. Sie wollten das »böse Image« loswerden.

Das handtellergroße Hakenkreuz am Hinterkopf

Falko Lüttke ist infolge einer Auseinandersetzung mit einem Rechten gestorben. Es war am 31. Mai 2000. An einer Bushaltestelle trifft der 22-Jährige auf Mike B. Dieser trägt auf dem Hinterkopf eine etwa acht Zentimeter große Hakenkreuztätowierung. Lüttke stellt B. deshalb zur Rede. Beide steigen in einen Bus ein, wo sie die verbale Auseinandersetzung über die Gesinnung von B. fortführen. An der Haltestelle Spechthausener Straße verlassen beide den Bus. B. fordert Lüttke auf, auf dem Hinterhof eines Hauses mit ihm ein Bier zu trinken. Als dieser ablehnt, wird B. handgreiflich. Er beginnt, ihn zu schubsen und zu schlagen. Es entsteht eine Schlägerei zwischen den beiden. Schließlich versetzt B. Lüttke einen Schlag auf den Brustkorb.

Falko Lüttke fällt in Richtung Straße und wird von einem vorbeifahrenden Taxi erfasst. Er wird hochgeschleudert und bleibt auf der Straße liegen. Zwei Stunden später stirbt Falko Lüttke an einem Lungenriss.

Im Dezember 2000 verurteilte das Landgericht Frankfurt (Oder) Mike B. zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten, unter anderem wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Das Gericht stellte fest, dass das Opfer den Täter nicht provoziert, sondern dass es sich bei Falko Lüttkes Verhalten um einen Akt der Zivilcourage gehandelt habe. Schließlich seien die Vorbehalte Lüttkes berechtigt gewesen, da B. seine Hakenkreuztätowierung offen trug und der rechten Szene zuzuordnen war.

In der Revisionsverhandlung wertete der Bundesgerichtshof die Tat jedoch nur noch als fahrlässige Tötung, da B. den Tod Lüttkes ohne jeglichen Vorsatz herbeigeführt habe. Das Landgericht Cottbus verringerte das Strafmaß daraufhin auf ein Jahr und acht Monate Haft ohne Bewährung. Die rechte Gesinnung von B. sei zwar die Ursache der Tat gewesen, strafverschärfend solle das aber nicht gewertet werden, so die Richter.

Jedes Jahr versammeln sich Freundinnen und Freunde, Punker und Linke im Gedenken an Falko Lüttke an der Bushaltestelle Spechthausener Straße. In der offiziellen Statistik der Bundesregierung über die Opfer rechter Gewalt taucht Falko Lüttke bis heute nicht auf.



31. Mai 2010: Gedenkundgebung an der Bushaltestelle Spechthausener Straße

Wie kann man an Opfer rechter Gewalt erinnern?

Ein Gespräch mit David Begrich

Seit 1990 sind nach Recherchen von Tagesspiegel und Zeit mindestens 137 Menschen durch rechte Gewalt ums Leben gekommen. Für die meisten Todesopfer gibt es weder ein öffentliches Gedenkzeichen noch eine Kultur der Erinnerung. Warum tut man sich damit so schwer?

So bitter es klingt: Im öffentlichen Bewusstsein sind die meisten Opfer einfach nicht präsent. Aber das gilt nicht nur für die Allgemeinheit: Nicht selten werden nämlich die Opfer auch innerhalb der Gruppen vergessen, als deren Stellvertreter sie von Rechten ermordet wurden. Die Betroffenheit ist nach einem Mord sehr groß. Eine solche Tat hat jedoch nicht nur eine persönliche Dimension. Damit sie im öffentlichen Gedächtnis gehalten wird, braucht es Menschen, die die Kraft und das entsprechende politische Bewusstsein dazu haben. Nur so kann sich eine Erinnerungskultur entwickeln.

Wer steht dabei in der Verantwortung? Sind es primär Freunde und Angehörige oder ist es eine gesellschaftliche Verpflichtung?

Was heißt Pflicht? Eine Gesellschaft, die ihre Maxime von Gleichheit, Respekt und Toleranz ernst nimmt, wird auch Formen finden, an Opfer rechter Gewalt zu erinnern. Doch dazu braucht es Menschen, die sich das zur Aufgabe machen – unabhängig davon, ob sie das Opfer kannten oder sich mit ihm identifizieren können.

In Eberswalde findet man unterschiedliche Formen des Gedenkens. Zum 20. Todestag von Amadeu Antonio gibt es zahlreiche Veranstaltungen, an denen sich auch der Landkreis Barnim und die Stadt Eberswalde beteiligen. Dem zehn Jahre später bei einer Auseinandersetzung mit einem Rechten umgekommenen Punk Falko Lüdtke gedenkt hingegen nur der Freundeskreis. Woran liegt dies?

Die Stigmatisierung bestimmter Opfergruppen reicht eben über deren Tod hinaus. Amadeu Antonio ist zu Recht zu einer Symbolfigur des Ausmaßes rechter Gewalt in den 1990er Jahren in Ostdeutschland geworden. Punks hingegen haben keine öffentlichen Fürsprecher. Insofern fällt es – gerade einer Stadtverwaltung – schwer, sich das Vermächtnis eines von Neonazis getöteten Punk zu eigen zu machen.

Gibt es nicht aber auch die Gefahr, dass sich Gedenkfeiern immer stärker von der Person entfernen, der da gedacht werden soll? Oftmals hat man den Eindruck, dass es sich um Rituale handelt, bei denen ganz andere Dinge im Vordergrund stehen?

Das ist natürlich dann eine Gefahr, wenn die Erinnerung nur dazu dient, die Identität jener zu bestätigen, die einem Opfer gedenken. Deshalb ist es so wichtig, wieder und wieder darauf zu verweisen, dass alle Opfer die gleiche Würde haben – egal, wie sie gelebt haben oder welcher gesellschaftlichen Gruppe sie

angehörten. Man muss die Erinnerung mit der politischen Dimension verknüpfen, die solchen Taten zugrunde liegt, also der Wirkung, die rechte Gewalt für eine Gesellschaft hat. Gelingt das, erstarrt das Gedenken nicht, sondern schafft im besten Falle Sensibilität und Bewusstsein für das Problem rechter Gewalt.

Wie kann eine Erinnerungskultur für Opfer rechter Gewalt aussehen? Welche Elemente und Aspekte muss sie beinhalten?

Sie muss eine Form finden, die dem Opfer gerecht wird, ohne es zu instrumentalisieren. Wirkung entfaltet eine solche Erinnerungskultur dann, wenn mit ihr ein Signal verbunden ist. Ein Signal dafür, dass es einen Konsens zur Ächtung rechter Gewalt gibt und eine Bereitschaft zur Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt – egal, ob es sich um Schwule, Migranten, Obdachlose oder Punks handelt. In diesem Sinne ist das Gedenken in Eberswalde an Amadeu Antonio ein gutes Beispiel.

Am 9. Mai 1992 überfielen rund 60 Neonazis eine Geburtstagsfeier von Punks in der Magdeburger Gaststätte »Elbterrassen«. Der Punk Torsten Lamprecht wurde erschlagen. David Begrich war damals vor Ort. Heute arbeitet er als Referent der Arbeitsstelle Rechtsextremismus beim Verein Miteinander in Sachsen-Anhalt.



Das Gedenken an Opfer rechter Gewalt hat viele Formen



GEDENKEN AN AMADEU ANTONIO

Anlässlich des 20. Todestages von Amadeu Antonio finden folgende Veranstaltungen statt:

»20 Jahre nach der Hetzjagd«

Rassismus damals und heute. Podiumsdiskussion zur Situation der Schwarzen in Eberswalde
Es diskutieren:
Almuth Berger (Ausländerbeauftragte der letzten DDR-Regierung)
Hans Mai (ehemaliger Bürgermeister)
Augusto Jone Munjunga (Vorsitzender Palanca e.V.)
Hartwin Schulz (damaliger Kreisjugendwart)
25. November, 19 Uhr, Studentenklub, Schicklerstraße 1, 16225 Eberswalde

Geistliches Chorkonzert zum 2. Advent

Der Projektchor »African Voices«, bestehend aus ehemaligen Kollegen von Amadeu Antonio und anderen afrikanischen Zuwanderern singt Choräle zum Advent
4. Dezember, 16 Uhr, Saal des Paul-Wunderlich-Hauses, Am Markt 1, 16225 Eberswalde

Gedenken an der Erinnerungstafel

für Amadeu Antonio vor dem ehemaligen Arbeitsgericht
6. Dezember, 17 Uhr, Eberswalder Straße 26, 16227 Eberswalde
im Anschluss:

Abendprogramm zur Gedenkfeier

Mit Essen, Musik, Tanz und Zeit für Gespräche. Es wird die erweiterte Ausstellung »Angolanische Vertragsarbeiter in Eberswalde« gezeigt.
6. Dezember, gegen 18 Uhr, Tourismuszentrum, Am alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

Veranstaltet vom Afrikanischen Kulturverein Palanca e.V., Coppistraße 1-3, 16227 Eberswalde

In Kooperation mit dem Landkreis Barnim, der Stadt Eberswalde, der Amadeu Antonio Stiftung, dem Eberswalder Zentrum für Demokratie, Jugendarbeit und Schule, der Evangelischen Jugendarbeit Barnim, der Kampagne »Light me Amadeu« sowie der Opferperspektive e.V. Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms »Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie«.

AKTIV IN EBERSWALDE

Afrikanischer Kulturverein Palanca e.V.

Der angolanischen Rappenantilope verdankt der Afrikanische Kulturverein seinen Namen. Mit der Vereinsgründung im Jahr 1994 wollte man der Angst und der Resignation begegnen, die nach dem Tod von Amadeu Antonio unter den in Eberswalde lebenden Afrikanern und deren Familien weit verbreitet war. Es geht dem Verein um ein besseres Miteinander von Deutschen und Ausländern. Neben Beratungen für Mitglieder und dem Informieren der deutschen Bevölkerung setzt der Verein dieses Ziel mit verschiedenen Kulturveranstaltungen, einer eigenen Trommelgruppe und der Tanzgruppe Palanca um.
www.palanca.simigos.com

Amadeu Antonio Stiftung

Die Stiftung wurde im Jahr 1998 zum Andenken von Amadeu Antonio gegründet. Ziel ist die Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür werden lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und Opferhilfe, alternative Jugendkultur und Kommunale Netzwerke unterstützt. Es geht jedoch nicht nur um finanzielle Unterstützung, sondern vor allem um die Stärkung von Eigeninitiative vor Ort.
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«

In der Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« haben sich junge und ältere Menschen aus dem Landkreis zusammengetan, um sich mit Rassismus auseinanderzusetzen – ganz praktisch und vor Ort. Momentaner Schwerpunkt liegt bei Initiativen zur Abschaffung des Gutscheinsystems und der Residenzpflicht für AsylbewerberInnen. Es werden Unterschriften für Petitionen und Geld für Opfer rechter Gewalt gesammelt. Um die Menschen in Barnim zu informieren, wird Straßentheater gespielt oder Leserbriefe geschrieben. Verbündete der Kampagne sind die Evangelische Jugend(arbeit) Barnim und das Begegnungszentrum Wege zur Gewaltfreiheit e.V.
www.amadeu-antonio.de

Jugendbündnis F.E.T.E.

»Für ein tolerantes Eberswalde« (F.E.T.E.) versteht sich als überparteiliches Jugendbündnis, das sich gegen Rechtsextremismus engagiert. Das im Jahr 2007 gegründete Bündnis will eine offenere und multikulturellere Gesellschaft in Eberswalde und Umgebung etablieren. Im Vordergrund stehen dabei vor allem Kreativität, Kultur und Spaß bei den eigenen Aktionen, Veranstaltungen und Projekten.
www.jbfbfete.wordpress.com

Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit in Eberswalde

Die Koordinierungsstelle existiert bereits seit 2001. Über die Förderung einer demokratischen Zivilgesellschaft soll die kommunale Öffentlichkeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gestärkt werden. Dafür unterstützt die Koordinierungsstelle lokale Initiativen in ihrer Arbeit, vernetzt verschiedene Projekte miteinander und ermöglicht dadurch einen Austausch sowohl auf organisatorischer als auch auf informativer Ebene. Darüber hinaus geht es auch um eine Verzahnung von Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft.
tolerantes_eberswalde@web.de

Linke Aktionsgruppe Eberswalde

Die Linke Aktionsgruppe versteht sich als Teil sozialer Bewegungen, fühlt sich verbunden mit der Erwerbslosen-, der Friedens- und der globalisierungskritischen Bewegung sowie antifaschistischen, feministischen und emanzipatorischen Gruppen. In Eberswalde wollen sie eine Plattform bieten für engagierte Menschen an der Hochschule und in der Stadt, die politisch etwas bewegen und verändern wollen. Zudem ist die Aktionsgruppe Teil des Bündnisses »Brandenburg Nazifrei« und setzt sich ein für Vielfalt, Toleranz und Menschlichkeit.
www.linkeaktionew.blogspot.de

IMPRESSUM

Opferperspektive e.V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Tel.: 0331 8170000
Fax: 0331 8170001
E-Mail: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Spendenkonto: 3813100
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 10020500

Redaktion: Maica Vierkant, Martin Beck
Gestaltung: Sabine Steinhof

Fotos:
Seite 1: privat
Seite 2, 4: Umbruch Bildarchiv
Seite 3: apabiz e.V. (oben), Jugendbündnis F.E.T.E. (unten)

Förderung:
Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg

 **TOLERANTES
BRANDENBURG**